Gemeinde Martfeld

Protokoll

Sitzungsnummer: Ma/Rat/028/24

über die Sitzung des Rates am 28.05.2024

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 22:20 Uhr
Ort: Dorfgemeinschaftshaus/Dörpshus Martfeld "Kirstein's Hoff"

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Michael Albers

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Verena Hruby

Herr Torsten Kirstein

Herr Lars Masemann

Frau Marlies Plate

Herr Burckhard Radtke

Herr Rennig Söffker

ab 19:25 Uhr

Herr Hartmut Sturhann

Herr Torsten Tobeck

Herr Arne Wolters

Frau Krimhild Wulf

Verwaltung

Herr Bernd Bormann

Herr Hannes Homfeld

Frau Heinke Pohl

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Lemke

Frau Ulrike Menke

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeister Michael Albers begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordentliche Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung soll nach vorheriger Besprechung etwas verändert werden. Tagesordnungspunkt 19 – Bildung einer Einheitsgemeinde soll vorgezogen werden und den neuen Tagesordnungspunkt 5 bilden.

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat diesbezüglich um Abstimmung.

Der Rat stimmt einstimmig für die Änderung der Tagesordnung.

Ergänzend führt Bürgermeister Michael Albers zum Ablauf aus:

In der ersten Einwohnerfragestunde, werden keine Fragen zum Thema Einheitsgemeinde beantwortet. Beim Punkt Bildung einer Einheitsgemeinde stellt die Verwaltung zunächst das Thema vor wonach eine themenbezogene Einwohnerfragestunde folgt. Anschließend tauscht sich der Rat zur Angelegenheit aus.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung vom 09.04.2024

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung vom 09.04.2024 wird einstimmig genehmigt.

Punkt 3:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass zwischenzeitlich keine nicht öffentlichen Sitzungen stattgefunden haben.

Punkt 4:

Einwohnerfragestunde

Herr Helmke aus Martfeld berichtet, dass vor ein paar Tagen ein Rettungshubschrauber, südlich des Spielplatzes Alter Kamp, ohne Probleme landen konnte. Er erkundigt sich, ob die

Möglichkeit besteht die Fläche für solche Zwecke frei zu lassen um weiterhin schnelle Rettungseinsätze gewähren zu können.

Daraufhin erklärt Herr Bormann, dass dies ggf. möglich wäre, wenn es sich um eine gemeindeeigene Fläche handelt. Herr Helmke soll der Verwaltung die genaue Fläche mitteilen und diese prüft die Angelegenheit.

Punkt 5:
Bildung einer Einheitsgemeinde
Vorlage: Ma-0064/24

Punkt 5.1:
Vorstellung - Bildung einer Einheitsgemeinde

Bürgermeister Michael Albers berichtet, dass das Gutachten über mögliche Einsparungen vor kurzem das erste Mal im Samtgemeinderat vorgestellt wurde. Da die Mitgliedsgemeinden Hauptträger der Entscheidung sind, ob es zu der Bildung einer Einheitsgemeinde kommt, steht das Thema nun auf der Tagesordnung.

Zu betonen ist, dass die Bildung einer Einheitsgemeinde nur in Frage kommt, wenn alle Mitgliedsgemeinden dem zustimmen.

Herr Bormann übernimmt und trägt weitere Informationen zum Thema Einheitsgemeinde vor. Es wird der Eindruck erweckt als wolle die Verwaltung die Bildung einer Einheitsgemeinde um sich die Arbeit zu erleichtern, jedoch möchte er festhalten, dass dem nicht so ist.

Fraglich ist warum das Thema hier und jetzt vorgestellt wird und ein Gutachten erstellt wurde. Die Samtgemeinde und die Mitgliedsgemeinden haben seit Jahren enge finanzielle Verflechtungen. Bereits seit längerem herrscht ein Ungleichgewicht zwischen den Kommunen, da bspw. die Samtgemeinde große ausgabeträchtige Posten zu tragen hat. Um dieses Ungleichgewicht zu verringern oder gar zu beheben, kam vor einiger Zeit seitens des Samtgemeinderates die Idee zur Bildung einer Einheitsgemeinde. Daraufhin wurde die Erstellung eines externen Gutachtens in Auftrag gegeben.

Folglich stellt Herr Bormann die beigefügte Präsentation zum Ergebnis des Gutachtens vor. Folgende Informationen/Fakten sind von Bedeutung:

Bei der Erhebung der Samtgemeindeumlage wird Rücksicht auf die finanzschwächste Mitgliedsgemeinde genommen. Ziel ist der Erhalt der Lebensqualität. Die möglichen Ortsräte haben leider deutlich weniger Einflussmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse. Für die Bürger ändert sich nichts in Bezug auf das tägliche Leben und die Erledigung von Verwaltungstätigkeiten. Problematisch wird lediglich die gleiche Postleitzahl von Schwarme und Martfeld. Bei den Fusionen der Gemeinden Süstedt und Engeln war der Aufwand ebenfalls vorhanden, jedoch letztlich deutlich geringer als angenommen. Einzelheiten werden über einen Fusionsvertrag geregelt.

Punkt 5.2:

Einwohnerfragestunde - Bildung einer Einheitsgemeinde

Bürgermeister Michael Albers bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Herr Helmke erkundigt sich, ob es sich bei der Fusionsrendite reinweg um Lohnkosten der Verwaltungsangestellten handelt. Falls ja, möchte er wissen was mit dem eingesparten Personal passiert.

Herr Bernd Bormann bestätigt, dass es sich fast ausschließlich um Verwaltungskosten handelt. Im Falle der Bildung einer Einheitsgemeinde würden Verwaltungsaufgaben neu strukturiert und offene Stellen durch das eingesparte Personal besetzt werden.

Frau Asendorf äußert sich daran zu stören, dass der Ortsrat oftmals nur ein Anhörungsrecht hat und fragt, ob die Fraktionen noch Statements abgeben werden zu dem Thema.

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass er sowie die Fraktionen sich im Verlauf der Sitzung noch äußern werden.

Ein weiterer Bürger stimmt gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde. Er kann nicht verstehen warum die Räte ihre Kompetenzen abgeben sollten. Die Zahlen aus dem Gutachten sind für ihn rein spekulativ, da fraglich ist ob dieses neutral ist.

Bürgermeister Michael Albers nimmt die Verwaltung in Schutz. Es wurde extra ein externes Unternehmen beauftragt das Gutachten zu erstellen, gerade damit der Verwaltung nichts vorgeworfen werden kann.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass der Ortsrat weiterhin gewisse Kompetenzen behält und über gewisse Dinge auch entscheiden kann.

Auf die Frage nach den Rechten des Orsrates in Bezug auf den Erlass von Bebauungsplänen antwortet Herr Bernd Bormann, dass lediglich ein Anhörungsrecht bestehen würde.

Herr Harald Bormann befürchtet, dass die einzelnen Gemeinden nichtmehr von der Akzeptanzabgabe profitieren könnten. Er erwähnt eine neue Regelung wonach die Gemeinden einen Teil der Akzeptanzabgaben an die Samtgemeinde abgeben sollen.

Bezugnehmend erklärt Herr Bernd Bormann, dass die Akzeptanzabgabe tatsächlich in zwei Gruppen geteilt wird. Die Teilung erfolgt anhand des Genehmigungsdatums; vor oder nach dem 19.04.2024. Bei allen vor dem Stichtag genehmigten Windenergieanlagen gelten in Bezug auf die Akzeptanzabgaben die seinerzeit vereinbarten Konditionen. Bei den anderen neueren Anlagen ist aktuell im Gespräch, dass die Samtgemeinde 50 % der Akzeptanzabgabe erhält. Derzeit handelt es sich jedoch nicht um viele Anlagen, welche nach dem Stichtag genehmigt worden sind.

Herr Schwarz vermutet, dass die Themen im Falle einer Einheitsgemeinde umfassender werden und mehr Sitzungen stattfinden müssen. Fraglich ist ob dies bei der Berechnung der Fusionsrendite beachtet wurde.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass diesbezüglich Vergleiche mit anderen Gemeinden gezogen und festgestellt wurde, dass nicht mehr Sitzungen als zuvor stattfinden. Auch der Umfang als Hauptverwaltungsbeamter würde gleichbleiben, da sich an den Themen nichts ändern wird.

Punkt 5.3:

Beratung - Bildung einer Einheitsgemeinde

Bürgermeister Michael Albers ist der Meinung, dass die Bürger ein Anrecht darauf haben ein Statement des Rates zu hören und wendet sich an die Ratsmitglieder.

Herr Radtke berichtet, dass sich die SPD Fraktion lange mit dem Thema Einheitsgemeinde befasst hat und große Sorgen bestehen. Ihm stellt sich die Frage, ob die Bildung einer Einheitsgemeinde der richtige Weg ist. Mit der Bildung eines Ortsrates verliert die Gemeinde an Einflussmöglichkeit. Aktuell besteht durch den Gemeinderat eine örtliche Demokratie bei der Entscheidungsprozesse mitgetragen werden.

Es stellt sich die Frage welche Bedeutung ein Ortsrat überhaupt noch hätte. Die Möglichkeit Prozesse zu beschleunigen sind derzeit nicht greifbar. Durch eine Einheitsgemeinde würde die Nähe zu den Bürgern verloren gehen.

Die Fusionsrendite mit rund 300.000 Euro fällt geteilt durch die 4 Mitgliedsgemeinden sehr klein aus. Herr Radtke denkt, dass es auch andere Wege gibt der Samtgemeinde finanziell zu helfen.

Zudem schenkt Herr Radtke der lokalen Identität Aufmerksamkeit. Er ist stolz Martfelder zu sein und sieht die Gefahr die Nähe zur Gemeinde zu verlieren. Es gibt viele Befürchtungen und negativen Auswirkungen, welche nicht einschätzbar sind.

Mit dem jetzigen Stand an Informationen kann er keinen Beschluss fassen und wünscht sich zuvor mit den Bürgern in einen Dialog zu kommen.

Auch Frau Plate erzählt, dass die Grünen Fraktion über das Thema diskutiert hat, jedoch ohne konkretes Ergebnis, weshalb sie ihre persönliche Sichtweise darstellen möchte.

Die Erstellung des Gutachtens war richtig, um den finanziellen Vorteil zu errechnen, jedoch hätte sie mit einer deutlich höheren Summe gerechnet. Die Rendite von rund 300.000 Euro scheint nur ein kleiner Schritt zu sein die Samtgemeinde besser dastehen zu lassen. Vielen Menschen ist wichtig in welcher Gemeinde sie leben, da sie sich mit dieser identifizieren.

Den Ansatz von Herrn Radtke noch keine Entscheidung zu treffen und zunächst mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen empfindet Frau Plate als richtig. In der aktuellen Zeit sind viele mit den Entscheidungen von ganz oben (Bund) unzufrieden, weshalb sie sich für den Erhalt der Demokratie in den dörflichen Regionen einsetzt. Den Gedanken Verwaltungsprozesse zu verschlanken möchte Frau Plate dennoch unterstützen, jedoch auf andere Weise als die Bildung einer Einheitsgemeinde.

Folglich teilt Herr Tobeck seine Sichtweise mit. Zunächst dankt er der Verwaltung, dass ein Gutachten erstellt und die Fragen der Ratsmitglieder umfassend beantwortet worden sind. Bei der Samtgemeinderatssitzung wurden keine Statements abgegeben, da die Mitgliedsgemeinden die Entscheidung treffen. Feststellend erwähnt Herr Tobeck, dass lediglich über die Bildung einer Einheitsgemeinde geredet wird und nicht direkt der Beschluss gefasst wird die Gemeinde aufzulösen.

Herr Tobeck erwähnt, dass die Samtgemeinde seit 50 Jahre besteht und fragt sich, ob es schlecht lief, weshalb nun etwas verändert werden soll. Die Bürgernähe sowie die Einflussmöglichkeiten würden größtenteils verloren gehen. Anhörungsrechte gut und schön, jedoch wird bezweifelt, dass der Anhörung folge geleitet wird.

Auch Herr Tobeck erklärt mit den aktuellen Informationen keine Entscheidung treffen zu können. Positiv empfindet er die Beteiligung der Bürger. Abschließend hält er fest, dass es mit einem Beschluss die Gemeinde Martfeld nicht mehr geben könnte und der Großteil der demokratischen Möglichkeiten verloren gehen würde.

Frau Hruby schließt sich der Meinung ihrer Vorredner noch keinen Beschluss zu fassen an und hält die Planung eines Bürgerdialoges für richtig. Sie kann sich keine andere Anschrift als Martfeld auf ihrer Adresse vorstellen. Auch die Einschränkung bezüglich der Entscheidungsbefugnisse sieht sie als negativ an. Laut Frau Hruby können Einsparungen langfristig nur erzielt werden, wenn die Digitalisierung in der Verwaltung vorangetrieben wird.

Auch Bürgermeister Michael Albers möchte seine persönliche Meinung kundgeben. Ihm ist bewusst, dass Demokratie Geld kostet jedoch sind die 300.000 Euro lediglich ein kleiner Anteil, welcher die Finanzen nicht rettet. Die Fusionsrendite empfindet er nicht als zukunftssichernd.

Zentrale Frage der Diskussionen wird sein, was uns die Demokratie Wert ist. Sind es 300.000 Euro Rendite oder ist es die Möglichkeit der Mitbestimmung. Die Samtgemeinde hat die größten Ausgaben zu leisten, welches für viele unfair scheint, jedoch ist zu beachten, dass auch zwischen den Räten immer Solidarität herrschte. Sofern es der einen Gemeinde finanziell schlecht geht, unterstützen die anderen Gemeinden, das bedeutet Solidarität.

Bürgermeister Michael Albers erwähnt, dass Demokratie auch sehr anstrengend sein kann und er sich bereits des Öfteren Sprüche anhören musste. Zuletzt war die Sprache von ihm und seinem „Gallischen Dorf Martfeld“. Aus seiner Sicht sind die Geschehnisse in Martfeld das beste Beispiel für eine gelebte Demokratie. Nicht immer herrscht Einigkeit, jedoch gehört dies dazu.

„Ich möchte die Gemeinde Martfeld behalten“ betont Bürgermeister Michael Albers und spricht sich dafür aus die Lebensqualität durch gestalten und nicht durch verwalten zu erhalten. Bei dem Gedanken im Bereich der Erstellung von Bebauungsplänen keine Entscheidungsbefugnisse zu haben, stellt sich ihm die Frage wie sich die Gemeinde dann entwickelt. Er berichtet stolz auf sein „Gallisches Dorf“ zu sein und möchte, dass alles so bleibt wie es ist.

Im Vergleich zu den Sitzungen auf Samtgemeindeebene wird in der Gemeinde Martfeld noch mit den Bürgern diskutiert. Er ist daher auch dafür noch keinen Beschluss zu fassen sondern erstmal einen Bürgerdialog zu veranstalten.

Der Rat bittet die Verwaltung einen entsprechenden Bürgerdialog zu organisieren.

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung zunächst einen Bürgerdialog zu veranstalten und heute noch keinen Beschluss zu fassen.

Der Rat stimmt einstimmig dafür.

Punkt 6:
Beschluss über den Jahresabschluss 2008
Vorlage: Ma-0047/24

Herr Homfeld führt zu den Jahresabschlüssen folgendes aus:

Der Beschluss, die Jahresabschlüsse in einem verkürzten Verfahren genehmigen zu lassen, wurde vor kurzem gefasst. Die Zahlen der Jahresabschlüsse sind grundsätzlich nicht neu, da die Ergebnisse u.a. mit der jährlichen Haushaltsplanung bekannt gegeben werden.

Zu erwähnen ist der Stand der Überschussrücklagen zum 31.12.2021, welche zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden können.

Überschussrücklage ordentliches Ergebnis	1.143.717,74 Euro
Überschussrücklage außerordentliches Ergebnis	370.920,56 Euro

Das Vermögen der Gemeinde Martfeld ist überwiegend geprägt durch Grundstücke, Gebäude und die vorhandene Infrastruktur. Die Bilanzsumme ist über die Jahre 2008 bis 2021 sukzessive gestiegen.

Herr Tobeck merkt an, dass es richtig war sich für das verkürzte Verfahren zu entscheiden und stellt fest, dass die grundsätzliche Situation der Gemeinde nicht verkehrt ist. Ihm ist aufgefallen, dass in den Jahren 2018 und 2019 kein außerordentliches Ergebnis erwirtschaftet wurde und fragt, ob dies korrekt ist.

Herr Homfeld erklärt, dass sich u.a. durch Grundstücksverkäufe ein außerordentliches Ergebnis erzielt wird und diese in den vorbenannten Jahren nicht getätigt wurden. Somit ist das Ergebnis korrekt.

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, bittet Bürgermeister Michael Albers um Abstimmung.

1. Der Jahresabschluss 2008 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
2. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 54.529,82 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 33.954,92 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

3. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
4. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 5

Punkt 7:

Beschluss über den Jahresabschluss 2009

Vorlage: Ma-0048/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

5. Der Jahresabschluss 2009 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
6. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 30.890,89 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 9.614,60 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

7. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
8. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 5

Punkt 8:

Beschluss über den Jahresabschluss 2010

Vorlage: Ma-0049/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

9. Der Jahresabschluss 2010 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
10. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 84.972,20 Euro wird

- a) mit einem Betrag in Höhe von 23.638,93 Euro mit der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet,
- b) mit einem Betrag in Höhe von 58.347,16 Euro mit dem Ergebnis sowie der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet und
- c) im Übrigen mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2.986,11 Euro in das Folgejahr 2011 vorgetragen.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 14.777,64 Euro wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

- 11. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
- 12. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 5

Punkt 9:

Beschluss über den Jahresabschluss 2011

Vorlage: Ma-0050/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

- 13. Der Jahresabschluss 2011 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
- 14. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 18.781,42 Euro wird mit dem außerordentlichen Ergebnis verrechnet.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 139.138,60 Euro wird

- a) mit einem Betrag in Höhe von 21.767,53 Euro mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses verrechnet und
- b) mit einem Betrag in Höhe von 117.371,07 Euro der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

15. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
16. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2011 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 10:

Beschluss über den Jahresabschluss 2012

Vorlage: Ma-0051/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

17. Der Jahresabschluss 2012 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
18. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 81.005,22 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 93.737,06 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

19. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.
20. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 11:

Beschluss über den Jahresabschluss 2013

Vorlage: Ma-0052/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

21. Der Jahresabschluss 2013 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
22. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 228.715,95 Euro wird

d) mit einem Betrag in Höhe von 81.005,22 Euro mit der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet und

e) mit einem Betrag in Höhe von 147.710,73 Euro mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 69.970,07 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

23. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.

24. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 12:

Beschluss über den Jahresabschluss 2014

Vorlage: Ma-0053/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

25. Der Jahresabschluss 2014 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.

26. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 90.497,75 Euro wird mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 25.165,77 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

27. Mit dem Jahresabschluss werden die Haushaltsüberschreitungen gem. Anlage 8, Seite 9 des Jahresabschlusses genehmigt.

28. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 13:

36. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 15:

Beschluss über den Jahresabschluss 2017

Vorlage: Ma-0056/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

37. Der Jahresabschluss 2017 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
38. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 544.064,17 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 7,95 Euro wird mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

39. Mit dem Jahresabschluss ist folgende Haushaltsüberschreitung zu genehmigen:
1111.44410000	2.033,23 Euro	Versicherungsabrechnung
(Umbuchung aus Vorjahren) |
|---------------|---------------|--|
40. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 16:

Beschluss über den Jahresabschluss 2018

Vorlage: Ma-0057/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

41. Der Jahresabschluss 2018 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
42. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 203.681,46 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

43. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 17:

Beschluss über den Jahresabschluss 2019

Vorlage: Ma-0058/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

44. Der Jahresabschluss 2019 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
45. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 468.107,98 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 25.740,74 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

46. Mit dem Jahresabschluss ist folgende Haushaltsüberschreitung zu genehmigen:
6120.45990000	1,91 Euro	Verwarentgelte Vorjahr
47. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 18:

Beschluss über den Jahresabschluss 2020

Vorlage: Ma-0059/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

48. Der Jahresabschluss 2020 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
49. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Fehlbetrag in Höhe von 273.931,93 Euro wird mit der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Das Jahresergebnis des außerordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 29.998,28 Euro wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

50. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 19:

Beschluss über den Jahresabschluss 2021

Vorlage: Ma-0060/24

Bürgermeister Michael Albers bittet den Rat um Abstimmung.

51. Der Jahresabschluss 2021 wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt und beschlossen.
52. Das Jahresergebnis des ordentlichen Ergebnishaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 139.274,61 Euro wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
53. Mit dem Jahresabschluss ist folgende Haushaltsüberschreitung zu genehmigen:
5550.42910001	3.707,14 Euro	Vermessungskosten
		(Umbuchung von Investition)
54. Dem Gemeindedirektor wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 20:

Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 20.1:

Sachspende

Herr Bormann teilt mit, dass die gespendeten Parkbänke von Frau Schumann zwischenzeitig hergestellt und aufgestellt wurden. Der Gesamtwert bezifferte sich auf 2.332,40 Euro.

Punkt 20.2:

Dividende Avacon

Herr Bormann teilt mit, dass vor kurzem die Dividendenzahlung der Avacon in Höhe von 3.906,56 Euro für das Jahr 2023 eingegangen ist.

Punkt 20.3: Bauvorbescheid Westwind

Herr Bormann berichtet, dass die Firma Westwind für sechs geplante neue Windenergieanlagen im Bereich „In der Weide“ einen Bauvorbescheid bekommen hat.

Punkt 21: Anfragen und Anregungen

Punkt 21.1: nordischnet

Frau Wulf berichtet gehört zu haben, dass die Firma nordischnet Konkurs geht. Sie erklärt, dass in der Gemeinde Martfeld diverse Baustellen im Rahmen des Glasfaserausbaues zu sehen sind, welche nicht fertiggestellt werden.

Einen Konkurs der Firma kann Herr Bormann nicht bestätigen. Bezüglich der Baustellen müssten Nachfragen bei nordischnet gestellt werden.

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass die Baustellen teilweise zu Verkehrsbeeinträchtigungen führen, welche es gilt zu vermeiden.

Punkt 21.2: Anpflanzung von Sonnenblumen

Herr Söffker regt an auf dem freien Streifen entlang der Wachtstraße, welcher im Besitz der Gemeinde ist, Sonnenblumen anzupflanzen, welche im Herbst zum Schmücken der Erntewagen verwendet werden können. Er rechnet hierfür mit Kosten von ca. 300,00 bis 500,00 Euro.

Der Rat spricht sich dafür aus auf der Fläche Sonnenblumen anpflanzen zu lassen. Die Kosten werden auf maximal 300,00 Euro begrenzt.

Punkt 21.3:
Vereinsjugendförderung

Herr Tobeck erklärt, dass dem Rat in den vergangenen Jahren immer eine detaillierte Liste über die Ausgaben für die Vereinsjugendförderung zur Verfügung gestellt wurde. Er fragt, ob die Möglichkeit besteht diese Liste auch für die im Jahr 2024 geleisteten Förderungen zu bekommen.

Laut Herrn Bormann ist dies möglich. Die Verwaltung wird die Liste demnächst zur Verfügung stellen.

Punkt 21.4:
Windenergieanlagen WestWind

Bezüglich der bestehenden Windenergieanlagen der Firma WestWind, erkundigt sich Frau Plate, ob diese noch entsprechend der alten Technik befeuert werden.

Herr Bormann erklärt, dass eine Umrüstung auf die Transpondertechnik noch nicht stattgefunden hat, da die Transponder derzeit nicht verfügbar sind.

Punkt 22:
Einwohnerfragestunde

Herr Rosenhagen berichtet, dass ihn die Arbeiten der Firma nordischnet sehr beschäftigen. Vor langer Zeit vergab der Landkreis den Auftrag zum Glasfaserausbau an die Firma nordischnet. Mit Beginn der Ausbauarbeiten entstanden dann diverse Probleme.

Die Angestellten der ausführenden Firmen besitzen kaum deutsche Sprachkenntnisse, welches die Kommunikation oftmals kompliziert macht, da auch ein Bauleiter nicht erkenntlich ist. Professionelle Baupläne sind nicht ersichtlich. Die Lehrrohre sind an vielen Stellen deutlich sichtbar und auch die Trassenführungen sind erkennbar, da diese nicht ordentlich verdichtet wurden. Auf die Pflasterarbeiten sind mangelhaft und nicht handwerksgerecht.

Herr Rosenhagen stellt die Frage in den Raum, ob seitens des Auftraggebers keine Kontrollen oder Bauabnahmen erfolgen. Er würde es begrüßen, wenn sich u.a. die Presse mehr mit der Problematik auseinandersetzen würde.

Zudem ergänzt er, dass die Gewährleistungseinhalte der einzelnen Kommunen angreifbar sind und die Samtgemeinde auf diesem Wege eingreifen könnte.

Her Bormann erklärt, dass im Kreisgebiet weiße und schwarze Flecken festgelegt worden sind. Der Glasfaserausbau in den weißen Flecken wird vom Landkreis Diepholz gefördert,

welcher zudem für den Bau verantwortlich ist. In den schwarzen Flecken ist die GVG Glasfaser für den Bau verantwortlich. Die Samtgemeinde sowie die Gemeinde Martfeld sind keine Auftraggeber, weshalb ein eingreifen nicht möglich ist.

Bürgermeister Michael Albers bittet die Bürger sich diesbezüglich direkt an den Landkreis zu wenden oder auch über die Presse auf Missstände aufmerksam zu machen.

Ein Bürger berichtet, dass auch in der Samtgemeinde Grafschaft Hoya der Glasfaserausbau über nordischnet erfolgen soll. Ihm ist unklar, warum nicht erste ein Gebiet abgeschlossen wird bevor die Arbeiten in der nächsten Gemeinde starten. Er gibt wieder verstehen zu können, dass die Samtgemeinde nicht zuständig ist, bittet jedoch Herrn Bormann an den Landkreis heranzutreten, da dieser dem näher steht.

Herr Bormann sowie Bürgermeister Michael Albers versuchen sich der Angelegenheit anzunehmen vermuten jedoch, dass das Thema die Gemeinde noch etwas beschäftigen wird.